

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Ballton u. Verwaltung: Drag II, Refugana 16 • Tel. 30793, 31499, Nachred. (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 37544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 18. Oktober 1933

Nr. 244.

## Wehrhafte Demokratie

### Entschiedene Maßnahmen gegen antistaatliche Parteien

Prag, 17. Oktober. Die Regierung hat heute im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, in welchem Bestimmungen über die Einstellung und die Auflösung politischer Parteien sowie darüber enthalten sind, was mit den Mandaten in den öffentlichen Körperschaften, Gemeinden, Bezirken, Ländern und den beiden Häusern des Parlaments zu geschehen hat, deren Träger Angehörige aufgelöster Parteien sind.

Unsere Leser werden aus der unten folgenden Inhaltsangabe ersehen, daß es sich um einen in das politische Leben tief eingreifenden, ungewöhnlichen Gesetzentwurf handelt, den man nur verstehen kann, wenn man begreift, daß es um den Schutz der Demokratie geht. Solange die politischen Parteien auf dem Boden der Demokratie standen und mit demokratischen politischen Mitteln um die Macht rangen, hatten alle ohne Unterschied das Recht auf die demokratischen Freiheiten, die wir unter großen Opfern, nach jahrzehntelangen Kämpfen errungen haben. Heute, da politische Parteien die demokratischen Freiheiten nur dazu benutzen wollen, um die Demokratie umzubringen, muß sich die Demokratie mit allen zweckdienlichen Mitteln wehren!

Und das geschieht. Mögen die Nationalsozialisten und alle, die mit ihnen sympathisieren, darüber jammern, daß sie geringere Freiheiten genießen als die anderen, sie haben sich in die Situation, in der sie stecken, selbst hineingemauert. Verauscht vom Militarismus, haben sie vergessen, wo sie leben, haben übersehen, daß die Verhältnisse in der Tschechoslowakei andere sind als im Dritten Reich.

Die Demokratie ist nicht dazu da, von faschistischen Diktaturen sich abmürren zu lassen. Für die Zeit, in der wir leben, müssen wir uns wappnen. Das Gesetz ist beschränkt; erfordern die Verhältnisse Ende 1934 die harten Maßnahmen, die eine Demokratie trifft, um sich zu verteidigen, nicht mehr, dann werden sie abgebaut werden.

Die Kämpfe gegen die Feinde der Demokratie erfordern scharfe Waffen, die schneiden, wenn man sie anrührt. Die Gegner unserer demokratischen Einrichtungen müssen fühlen, weil sie nicht hören wollten!

Der Regierungsentwurf trifft im Einzelnen folgende wichtigsten Bestimmungen:

(§ 1.) Würde durch die Tätigkeit einer politischen Partei in erheblichem Maße die Selbstständigkeit, verfassungsmäßige Einheit, Integrität, demokratisch-republikanische Form oder die Sicherheit der Tschechoslowakischen Republik bedroht, kann die Regierung die weitere Tätigkeit einer solchen Partei einstellen oder sie auflösen. Ein solcher Beschluß der Regierung ermächtigt in Rechtskraft durch die Verlautbarung im Amtsblatt. Mit demselben Tage gilt er als allen betroffenen Personen zugestellt.

### Die Folgen der Einstellung der Tätigkeit einer Partei

(§ 2.) Vom Tage der Einstellung ist jede weitere Tätigkeit der betreffenden Partei verboten. Namentlich ist verboten die Verwendung von Abzeichen, Uniformen, Fahnen, besonderen Grußformen usw., die Abhaltung von Versammlungen einschließlich solcher, die auf geladene Gäste beschränkt sind, ferner von Auszügen, durch die Zugehörigkeit zu einer solchen Partei dargestellt wird oder die, wenn auch getarnt, deren Zweck dienen.

Ferner sind verboten die Sammlung von Mitgliedern oder materiellen Mitteln für die Partei, der Beitritt zu ihr und jedwede Verbindung, Verbreitung oder Verwirklichung ihrer umsatzgerichteten Ziele, sowie jede materielle oder sonstige Unterstützung. Ebenso ist jede derartige Tätigkeit verboten, die sich auf eine Partei bezieht, die gleiche oder ähnliche Ziele, wie die Partei verfolgt, deren Tätigkeit eingestellt wurde.

(§ 3.) Vereine jeder Art, darunter auch Handelsgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften usw., die nach außen als Glied der betreffenden Partei auftreten, den Zwecken der Partei dienen oder zu deren bevorzogenen Funktionen führende Funktionäre der Partei gehören, kann die Behörde auflösen; die Liquidierung solcher Vereine wird nach den geltenden Bestimmungen vorgenommen. Statt der Auflösung kann die Behörde den Verein uhm. einer besonderen amtlichen Aufsicht oder besonderen Bedingungen unterwerfen oder seine Tätigkeit einstellen.

(§ 4.) Die Angehörigen einer eingestellten Partei dürfen für die Dauer von drei Jahren ohne Bewilligung der Bezirksbehörde auch keine auf geladene Gäste beschränkte Versammlung abhalten. Die Regierung kann diese Frist verkürzen.

(§ 5.) Die Herausgabe periodischer Druckschriften, die den Zwecken der eingestellten Partei dienen, kann das Landesamt verbieten. Auch die Verbreitung von derartigen nichtperiodischen Druckschriften kann nach § 6 verboten werden.

(§ 7.) Die Bezirksbehörde kann Angehörige einer eingestellten Partei folgenden Beschränkungen unterwerfen: a) der Briefsenst ohne richterlichen Befehl; b) der Zensur der Telegramm- und Telefongespräche; c) kann die Behörde den

Parteiangehörigen anordnen, sich in ein bestimmtes Gebiet zu begeben, sich aus einem bestimmten Gebiet nicht zu entfernen, oder es kann sie die Behörde aus einem bestimmten Gebiete ausweisen;

d) kann die Behörde die Parteiangehörigen unter Polizeiaufsicht stellen. Diese Beschränkungen sind aufzuheben, sobald ihre Notwendigkeit wegfällt.

(§ 8.) Die Benützung des Namens der eingestellten Partei zur Bezeichnung jedwedes inländischen Vereines etc. ist verboten; Vereine, die eine solche Bezeichnung nach ihren Organisationsstatuten führen, haben diese Bezeichnung zu ändern; nötigenfalls kann dies das Landesamt selbst durchführen.

(§ 9.) Die Kundgebungen von Mitgliedern der eingestellten Körperschaften, die der eingestellten Partei angehören, oder erst in den letzten sechs Monaten vor der Einstellung aus ihr ausgetreten sind, genießen keine Immunität.

(§ 10.) Die Angehörigen einer eingestellten Partei verlieren alle öffentlichen Funktionen, die sie durch Wahl, Ernennung oder sonstwie in Körperschaften der Gebiets- oder Interessenselbstverwaltung erworben haben, ebenso in jedweden anderen öffentlichen Institutionen einschließlich von Anstalten, Unternehmungen, Beratungsgörnern etc. Dasselbe gilt auch für Ersatzmänner. Die Entscheidung über den Mandatsverlust in Selbstverwaltungsgörnern erläßt bei Gemeinden die zuständige Aufsichtsbehörde, bei Bezirken das Landesamt und bei Ländern das Innenministerium. In den anderen Fällen obliegt die Entscheidung der zuständigen obersten staatlichen Aufsichtsbehörde eventuell im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

Wenn hier Funktionäre, die auf diese Weise wegfallen, keine Ersatzmänner eintreten können, sind neue Funktionäre aus Angehörigen derselben Sprache zu ernennen. Das Ernennungsrecht haben die hiezu den nach allgemeinen Vorschriften berufenen Organe, sonst die Aufsichtsbehörde. Kommen Funktionäre in Wegfall, die von einer eingestellten Körperschaft entsendet wurden, so wählt diese Körperschaft für sie neue Funktionäre.

(§ 11.) Finden in der Zeit der Einstellung einer Partei Neuwahlen in die obgenannten Körperschaften statt, so kann die betreffende Partei nicht kandidieren; eine solche Kandidatenliste ist ungültig; ebenso die für sie abgegebenen Stimmen.

Diesem, denen auf diese Weise eine öffentliche Funktion aberkannt wurde, sind für die Dauer der Einstellung der Tätigkeit der Partei, längstens aber auf drei Jahre nicht wählbar und können auch auf keine andere Weise derartige Funktionen wieder erlangen.

(§ 12.) Angehörige einer eingestellten Partei sind, falls sie dem Gesetz 147/1933 über die Verfolgung der antistaatlichen Tätigkeit von Staatsangehörigen unterliegen, für die Zugehörigkeit zu dieser Partei nach § 2 des Gesetzes zu bestrafen, wenn sie von ihrer antistatlichen Tätigkeit wußten oder wissen

mußten, auch wenn sie für die Partei sonst nicht tätig waren.

(§ 13.) Die Bezirksbehörden beschlagnahmen das gesamte Eigentum der eingestellten Partei; detaillierte Bestimmungen werden durch Regierungsverordnung erlassen. Das beschlagnahmte Eigentum kann nach § 14 der Liquidierung unterworfen werden.

### Folgen der Auflösung einer Partei

(§ 15.) Die Bestimmungen über die Einstellung einer Partei gelten mit Ausnahme der Paragrafen 11 und 14 auch für die Auflösung einer Partei.

(§ 16.) Weiters verlieren durch die Auflösung auch die Parlamentarier der betreffenden Partei ihre Mandate, falls sie nicht wenigstens schon sechs Monate vorher aus der Partei ausgetreten sind. Ersatzmänner für solche Parlamentarier treten nicht ein. Als Ersatzmann kann nur eintreten, wer nicht Mitglied der aufgelösten Partei war.

Für die Berechnung der Zahl der Mitglieder einer parlamentarischen Körperschaft, die zu ihrer Beschlußfähigkeit notwendig ist, ebenso für die Gültigkeit von Kundgebungen oder Beschlüssen des betreffenden Hauses sind im Abgeordnetenhaus auch weiterhin die Ziffer von 300, im Senat die Ziffer von 150 Mandaten als Grundlage maßgebend.

(§ 17.) Die Auflösung einer Partei ist von der Regierung unverzüglich dem ersten Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes anzuzeigen. Ueber den Mandatsverlust entscheidet ein eigener Mandatsrat des Obersten Verwaltungsgerichtes binnen 15 Tagen in öffentlicher Sitzung.

(§ 18.) Bei Neuwahlen in die obgenannten Körperschaften und in alle im Paragraphen 10 angeführten Körperschaften und Institutionen darf die Bezeichnung der Wahlpartei nicht auf den Namen der aufgelösten Partei lauten.

Diesem Personen, denen Mandate aberkannt wurden, sind für die Dauer von drei Jahren weder in die obgenannten Körperschaften noch in die sonstigen angeführten Körperschaften wählbar und können diese Funktionen auch nicht durch Ernennung noch sonst wie erwerben.

(§ 19.) Das beschlagnahmte Vermögen einer aufgelösten Partei wird liquidiert; der Uebersehluß verfällt zugunsten des Staates. Die Art der Liquidierung wird durch ein Gesetz bestimmt.

### Schlussbestimmungen.

(§ 20.) Das Innenministerium kann die Tätigkeit einer neu entstandenen politischen Partei einstellen, wenn sie offenbar dieselben unsüßzerischen Ziele verfolgt, oder zu ihrer Bezeichnung dieselbe Benennung, wie die eingestellte Partei annimmt oder wenn zu ihren bedeutsamen Funktionären Personen gehören, die Funktionäre der eingestellten Partei waren. Auch Ersatzparteien für aufgelöste Parteien können durch das Innenministerium aufgelöst werden.

(§ 22.) Übertretungen dieses Gesetzes werden durch die Bezirksbehörde wegen Übertretung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Strafen bis zu 50.000 Kr bestraft werden.

(§ 23.) Der Umstand, daß eine Partei sich vor der Einstellung ihrer Tätigkeit, bzw. ihrer Auflösung selbst aufgelöst hat, ändert nichts an der Anwendung dieses Gesetzes.

(§ 24.) Das Gesetz erlangt Wirksamkeit mit dem Tage der Verlautbarung.

Die Ermächtigung zur Einstellung der Tätigkeit politischer Parteien und ihrer Ersatzparteien, bzw. zu ihrer Auflösung gilt nur bis 1. Jänner 1935. Mit demselben Tage verlieren die Verbote nach Paragraphen 5 und 6 und die Maßnahmen nach Paragraphen 3, Absatz 2, und Paragraph 7 ihre Gültigkeit.

### Ruhige Eröffnungssitzung

Außer ein paar kommunistischen Zwischenrufen vollzog sich die Eröffnung der ersten Sitzung nach den Ferien um dreiviertel 12 Uhr in aller Ruhe. Das Haus war ziemlich stark besetzt, während die Galerien für das Publikum große Lücken aufwiesen. Auf der Ministerbank zeigte sich lediglich der Finanzminister Trapl, da gleichzeitig wichtige politische Ministerberatungen über eine Reihe angekündigter Vorlagen stattfanden.

Von den Abgeordneten der Deutschen Nationalsozialisten waren nur Gener. Zimm und Köhler anwesend. Ähnlich sah Reichs hat sein Mandat niedergelegt, während Jung, Schäfer und Kasper in Haft sind. Der Abg. Dr. Potentzinger

(Schluß auf Seite 2)

## Komintern und Einheitsfront

### Zu spät gelernt und alles wieder vergessen

Wenn man untersucht, wie der Faschismus in Deutschland siegen konnte, wird man neben vielen anderen auf ein Problem stoßen, das seit 1930 die deutsche Arbeiterklasse intensiv beschäftigt hat, auf das Problem der Einheitsfront. Daß diese Einheitsfront notwendig war, um — wenn schon nicht die Arbeiterbewegung zu retten — ihr wenigstens die Kraft zum Widerstand zu geben und damit feste Fundamente des Wiederaufbaues zu legen, das ist heute unbestritten. Nicht die Niederlage, aber das Ausmaß der Niederlage konnte durch eine ehrliche Politik der Einheitsfront korrigiert werden. Und wenn schon jene sozialdemokratischen Führer, die auf Brüning, Hindenburg und Schleicher mit Sagen und Bangen in schwebender Pein starrten, diese einzig mögliche Chance nicht rechtzeitig erkannten, so rangen sie sich in den letzten Monaten doch zu dieser Einsicht durch. Die KPD aber begriff erst als es bereits zu spät war.

Zu der Bulle der Komintern an die englische Unabhängige Arbeiterpartei vermahrt sich die Komintern-Führung gegen den Vorwurf, sie habe die Einheitsfront der deutschen Arbeiter sabotiert. Im Gegenteil, ruft Aufrufen: „Als das Hitler-Regime im Werden war, wer war es, der die Notwendigkeit der einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse, die Macht des Faschismus zu brechen, betonte? Schlag nicht die Komintern dies den sozialdemokratischen Parteien vor? ... Vergeblich schlug sie (die KPD) der SPD und dem ADGB vor, antifaschistische Aktionen auf Basis der Einheitsfront durchzuführen.“ Wäre es nicht Aufrufen, der dies englischen Arbeitern glaubhaft machen will, man wäre geneigt, jener oft auftauchenden Vermutung Raum zu geben, daß die Komintern eine jener schlecht unterrichteten Obrigkeiten sei, an deren Einsicht zu appellieren nicht lohnte. Aber die Bürokraten der KPD haben nichts getan, was ihnen nicht von den Bürokraten Moskaus befohlen wurde. Wenn sie die Einheitsfront sabotierten, so sicher oft gegen ihr eigenes Gewissen, immer gegen die Vernunft, weiter Mitgliedskreise der KPD.

Im Dezember-Vest der „Internationale“ von 1931 wandte sich z. B. Thaelmann gegen die „Drohung“ der Sozialdemokraten, mit der KPD Einheitsfront zu machen. Die SPD sei zwar nicht der „Hauptfeind“, sondern die „soziale Hauptstütze“ des Faschismus, daher müsse gegen sie der „Hauptstoß“ geführt werden. Das sei das „Kernproblem der kommunistischen Politik in Deutschland“. Und dann werden die „Fehler“ der Parteiarbeit gezeigelt: „Die Tatsache, daß z. B. in unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit Einheitsfrontangebote von oben an bezirklische ADGB-Führungen oder sonstige Instanzen der reformistischen Bürokratie gemacht werden konnten (Ruhrgebiet), beweist gleichfalls, daß unser prinzipieller Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht entschieden genug geführt wurde, um solche Fehler unmöglich zu machen.“

Ein halbes Jahr später, im Juniheft derselben Zeitschrift von 1932 — man war von Brüning auf den Papen gekommen — erklärte Thälmann, man müsse „in der neuen Situation erst recht die Strategie des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterklasse anwenden.“ Dieses „innerhalb der Arbeiterklasse“ freilich ist schon eine Einschränkung der Strategie, die sich notwendig machte gegenüber der Vernachlässigung des eigentlichen faschistischen Kampfes. Auch in der Einheitsfront-Taktik selbst erfolgte eine leibliche Wendung: „Nicht „Blockpolitik“ mit der sozialfaschistischen Führern, nicht und niemals Einheitsfrontpolitik nur von oben, sondern Einheitsfrontpolitik von unten... entspricht

den Bedingungen der heutigen Lage. Das schließt in bestimmten Fällen und vor allem in einem Stadium der höher entwickelten Massenbewegung die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten und oben im revolutionären Sinne nicht aus. Mit dieser leichten Wendung ist aber die taktische Beweglichkeit der kommunistischen Führer bereits erschöpft, und ihre Praxis erschöpft sich in der Veranstaltung jener Komödien, in denen sich angebliche oder ehemalige Sozialdemokraten mit den Kommunisten verbrüderern.

Am Tage des Staatsstreiches vom 20. Juli 1932 greift die SPD doch zum verpönten „Spitzenangebot“. Diese nun endlich eingetretene Wendung kommt zu spät um eine Massenbewegung in der SPD und den Gewerkschaften anzukurbeln, die allein eine Streikbewegung noch entfesseln können. Und als die SPD und die Gewerkschaften kapitulierten, fiel die SPD wieder in ihren launigen Schlummer zurück, in dem sie die Stalin-Thälmannschen Geheimnisse drehte. Bis dann schließlich das böse Erwachen kam. Hitlers Ernennung zum Kanzler steht Erde Männer unmittelbar bevor. Die Sozialdemokratie erkennt die Gefahr und schlägt einen „Richtungsgriffspatz“ der SPD vor. Am 24. Jänner antwortet darauf die „rote Fahne“: „Ihr „Einheitsruf“ ist die Waffe gegen die wehrhafte Einheit der Arbeiterklasse. Für diese „Einheit“ marschieren heißt, wenn auch von den SPD-Arbeitern ungewollt, gegen die revolutionäre Massenaktion des Proletariats zu marschieren...“ Mitte Februar wiederholt die SPD ihr Angebot und jetzt ist — welche Wendung in 14 Tagen — der „Einheitsruf“ keine „Waffe gegen die wehrhafte Einheit der Arbeiterklasse“, sondern Torgler erklärt sich in der „roten Fahne“ zu Verhandlungen bereit: „Die SPD knüpft an die Bildung einer gemeinsamen Einheitsfront gegen den Faschismus außer der einzigen, daß diejenigen Arbeiter oder diejenigen Organisationen, die die Einheitsfront herstellen, wirklich zum Kampf entschlossen sind und konkrete Maßnahmen mitmachen.“

Vor dem Reichsgericht in Leipzig ist in der Verhandlung gegen Torgler unwidersprochen behauptet worden, daß eine Besprechung zwischen SPD und KPD... für den Tag nach dem Reichstagsbrand im Reichstag verabredet war. Der Brand, der diese Besprechung verhindert, ist ein weitleuchtendes Symbol für jene Einheitsfront-Taktik, deren Wesen in einem Begriff gefaßt werden kann: Zu spät!

Am 5. März schließlich — das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse ist bereits entschieden, melden sich die Moskauer Bürokraten: „Dessen ungeachtet fordert das EA der kommunistischen Internationale... alle kommunistischen Parteien auf, noch einen Versuch zur Verstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen durch Vermittlung der sozialdemokratischen Parteien zu machen... bei der Annahme und praktischen Durchführung hält es das EA für möglich, den kommunistischen Parteien zu empfehlen, sich für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und

den Faschismus der Angriffe auf die sozialdemokratischen Organisationen zu enthalten.“ Kein Wort ist mehr davon zu hören, daß die „Blockbildung“ mit den Sozialfaschisten „konterrevolutionär“ ist, daß „Spitzenangebote“ eine rechte Entgleisung und nur die „Einheitsfront von unten unter kommunistischer Führung“ die revolutionäre Parole sind.

### Abgeordnetenhauses

(Schluß von Seite 1.)

hat sich überdies, wie Jung als Vorsitzender dem Parlamentspräsidium vor einer Woche mitteilte, bereits aufgelöst. Die bisherigen Mitglieder Ceyer, Kasper, Köhler und Simm haben einen neuen Klub „Subetendeutsche parlamentarische Vereinigung“ gebildet, dem der bisherige deutschnationale Kallina nach seinem Austritt aus dem deutschnationalen Parlamentsklub als Hauptmann beigetreten ist. Auch Dr. Hanzreich, der auf die deutschnationale Liste für den Landbund gewählt wurde, ist aus der deutschnationalen Fraktion ausgetreten, die nunmehr nur noch fünf Mitglieder zählt; von diesen fehlte heute nur Dr. Reibl.

Er praesidio wurden die in der Zwischenzeit auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Regierungsverordnungen den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Auf der Tagesordnung der Sitzung stand zunächst das vierte Zusatzprotokoll zum Wirtschaftsabkommen mit Deutschland, das seit Mai 1933 provisorisch in Kraft ist.

Das Protokoll sieht Zollleichterungen für gewisse tschechoslowakische Holzwaren, Zigarotten- und Seidenpapier sowie Zollbindungen für gewisse Sorten von Hobelholz, Holz und Baumwollgarne vor. Die Tschechoslowakei verpflichtet sich dagegen, Gesuche um Einfuhr von Drogen und gebranntem Alkohol wohlwollend zu behandeln.

Nach kurzen Referaten der beiden Berichtsersteller wurde, da die erwartete Vorlage über das Verbot politischer Parteien von der Regierung noch nicht überreicht worden war, die Sitzung unter schwachen kommunistischen Protesten geschlossen und die nächste Sitzung für heute fünf Uhr nachmittags einberufen.

Inzwischen war innerhalb der Regierung am Nachmittag eine Einigung über die Vorlage betreffend die Einstellung, beziehungsweise das Verbot politischer Parteien erfolgt. Nach Eröffnung der Sitzung um 17 Uhr wurde diese Vorlage dem verfassungsmäßigen Ausschuss mit Frist bis Donnerstag 8 Uhr früh zugewiesen. Kommunistische Anträge auf Abgabe einer Regierungserklärung, bzw. einer Erklärung des Außenministers wurden als verfrüht abgelehnt und die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 19. Oktober, um 10 Uhr anberaumt.

### Senat

Der Senat hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab, in der der Vorsitzende Dr. Soukup dem verstorbenen Genossen Beutel einen ungewöhnlich herzlichen Nachruf hielt. Dr. Soukup schilderte ausführlich den Lebenslauf des Verstorbenen und seine Verdienste um die Arbeiterbewegung und dankte ihm in bewegten Worten für alles, was er in seinem Leben Gutes geleistet hat.

Bei der Erledigung der Tagesordnung kam es zu einer heftigen politischen Aus-

einandersehung über die Pribina-Feiern, die durch eine aggressive Rede des slowakischen Volksparteilers Buday eingeleitet wurde. Er beschwerte sich, daß aus dem Festausschuß die tschechischen und slowakischen Oppositionsparteien ausgeschlossen worden seien, und behauptete, daß die Zwischenfälle der spontane Ausdruck der Feinnung des Volkes in der Slowakei gewesen seien. Hlinka sei durch eine eigene Deputation aufgefordert worden, auf die Tribüne zu gehen und zu sprechen.

Ein erwidert sehr scharf der slowakische Agrarier Dr. Srobar, der die volle Schuld der Hlinkapartei an den Vorfällen feststellte und ihr das Recht absprach, namens der Slowaken zu reden.

Zum Schluß hielt Mikuláček wieder einmal eine Brandrede, die zu einem erheblichen Teil der Zensur verfiel. Die Erledigung der Tagesordnung wurde dann auf Freitag, den 20. d., um 11 Uhr vormittags vertagt.

### Novembergehalt erst am Zweiten

Prag, 17. Oktober. Das Finanzministerium teilt mit: Auf Grund der der Regierung im § 24 des Gesetzes vom 28. Dezember 1932, §. 204 erteilten Ermächtigung wird eine Regierungsverordnung herausgegeben werden, wonach der Auszahlungsvermerk für die im voraus zu zahlenden Gehälter auf einen späteren Tag im Monat verschoben wird. Infolge dieser Verordnung werden die im voraus zu zahlenden Teile der Dienstbezüge, die für November am 31. Oktober zu zahlen wären, am 2. November und die Bezüge, die am 1. Dezember hätten fällig sein sollen, am 4. Dezember ausbezahlt werden. Der Fälligkeitstag, d. i. der Tag, an dem der Anspruch auf die Dienstbezüge (bei pragmatischen Angestellten z. B. am ersten Tag jedes Monats) entsteht, wird durch diese Maßnahme nicht betroffen, so daß an den materiell-rechtlichen Ansprüchen nichts geändert wird.

Genosse Josef Goth Senator. An Stelle des verstorbenen Genossen Franz Beutel wurde von der Partei Genosse J. Goth-Barnsdorf, in den Senat entsendet. Genoss. Goth ist allen in der Partei tätigen Menschen und besonders den in der kommunalpolitisch wirkenden Genossen kein Unbekannter.

Neuer Abgeordneter. An Stelle des kürzlich verstorbenen Abgeordneten Jan Janáček (tsch. Agr.), dem in der gestrigen Parlamentssitzung der Vorsitzende einen warmen Nachruf hielt, wurde als Nachfolger der evangelische Pfarrer von Zlilina Fedor Ruppelbdt ins Parlament berufen.

Abgelehnte Interpellationsbeantwortung. Justizminister Dr. Reichner hat die Beantwortung einer Interpellation des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Schollich abgelehnt. Die Interpellation enthalte in der Hauptsache nur allgemeine Angriffe auf das Gerichtswesen und die Behörden in Mählschin; wegen ihres grob beleidigenden Tones verweigert der Minister daher ihre Beantwortung.

### Keine Zweideutigkeit.

Das Verhalten des Obmannes des Lehrerbundes Rohn in Santander.

Wir haben vor einigen Tagen eine Zuschrift der Vereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer veröffentlicht, in welcher mit Recht das Verhalten des Obmannes des Deutschen Lehrerbundes, Herrn Fachlehrer Eduard Rohn (Reichenberg), auf dem Internationalen Lehrerkongress in Santander einer Kritik unterzogen wird. Die „Freie Schulzeitung“, das Organ des Lehrerbundes, versucht nun in ihrer Ausgabe vom 5. Oktober Herrn Rohn reinzuwaschen. Dieser Versuch ist völlig mißlungen. Fest steht, daß auf dem Kongress beantragt worden ist, die Vertreter der halbkreislerischen Lehrervereinigung Deutschlands nicht nur nicht als Delegierte, sondern auch nicht als Gäste auf dem Kongress zuzulassen, was mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde, wofür aber Herr Rohn nicht gestimmt hat.

Wir erhalten nun von Seiten der sozialdemokratischen Lehrer eine neue Zuschrift, in der die ganze Angelegenheit weiter aufgeklärt wird. Es wird da der Bericht des Vertreters der österreichischen Lehrerschaft zitiert, in dem es u. a. heißt:

Die Franzosen bestritten überhaupt die Berechtigung des Erscheinens der deutschen Vertreter, da sie keinen Verein von Lehrern, sondern eine Zwangsorganisation darstellten... Die Franzosen erklärten am Ende der stundenlangen Debatte, daß sie, falls die Vertreter des Erzieherbundes hieblieben, den Saal verlassen müßten, denn, so erklärte der Präsident Delmas mit ganz unfranzösisch ruhiger Stimme: „Wir sehen uns nicht neben Heulerknechte!“

Der Antrag des Herrn Rohn, die Internationale Vereinigung der Lehrerverbände möge zur Aufnahme des Deutschen Erzieherbundes erst dann Stellung nehmen, wenn von dieser neuen Organisation eine besondere Anmeldung vorliegen würde, ist also nichts anderes gewesen als ein taktisches Manöver, um über eine peinliche Lage rascher hinwegzukommen und einer klaren Stellungnahme auszuweichen zu können. Das Entscheidende ist das eindeutige Eintreten des Herrn Rohn für die Teilnahme der reichsdeutschen faschistischen Lehrer an dem Kongress der Lehrerinternationale überhaupt. Wenn der Deutsche Lehrerbund sich wirklich ernst zur Demokratie bekennet, dann müssen seine verantwortlichen Führer wissen, daß in einer demokratischen Vereinigung Faschisten unmöglich sitzen können. Was die Faschisten in Deutschland auf dem Gebiete des Schulwesens verbrochen haben, ist allgemein bekannt. Nicht bekannt allerdings der subetendeutschen Lehrerschaft, weil das Organ des Deutschen Lehrerbundes über die Verhältnisse in Deutschland nicht Bericht erstattet. Die Nationalsozialisten haben in Deutschland tausende demokratische, republikanische, pazifistische und sozialistische Lehrer aus den Schulstufen gejagt. Erst in den letzten Tagen hat der preussische Kultusminister Rust mitgeteilt, daß alle marxistischen, liberalistischen, demokratischen und pazifistischen Lehrer, soweit das noch nicht geschehen ist, aus dem Amt hinausgeworfen werden müßten, weil mit diesen die militärischen und bürgerlichen Erziehungsprogramme nicht verwirklicht werden können. Eine Gemeinschaft mit derartigen Menschen ist für einen Demokraten unmöglich und deswegen hat Herr Rohn in Santander falsch gehandelt, als er die Nationalsozialisten als Gäste zulassen wollte. Die wirklich demokratische Lehrerschaft in der Tschechoslowakei ist mit Herrn Rohn nicht einverstanden und verurteilt seine Handlungsweise auf das Schärfste.

## Lilith und der Komet

Ein abenteuerliches, modernes Märchen von Kurt Doberer

Die hielt den Atem an, um seinen Standort nicht zu verraten. In seiner Hand lag die kleine Maschine mit dem mattblauen Lauf.

Welleicht starrten drüben auch zwei runde Mündungen. Wer zuerst sah — wer zuerst schah —

„He! — Die hob die Pistole. Eine Hand schob sich langsam an den Lichtkegel heran. Als sie sich um den Lampenkörper schloß, sah die auch die Umrisse der Gestalt.

Zweimal kratzte die Pistole. Der Mann sprang auf, taumelte. Noch im Sturz hielt er die Lampe fest. Der Lichtkegel schnellte im Kreis um den Zusammenbrechenden.

Dieser tanzende Licht hatte gerührt, um die auch den zweiten an der Wand zusammengekauert zu zeigen.

„Dalt, nicht mehr schießen!“ heulte der auf. „Weiter, Wensch, den Gang hinunter!“ kommandierte die.

Tastende Schritte zeigten, daß kein Befehl befolgt wurde.

Drüben bezeichnete leichter Lichtschimmer die Stelle, wo die Handlampe unter dem Körper des anderen begraben lag.

Noch einmal kratzte Dids Pistole. Der andere gab keinen Laut mehr. Er war tot.

Mit einem Ruck schob die den Körper beiseite. Neben der Handlampe lag mattglänzend ein Browning.

Durch diesen Zwischenfall war kostbare Zeit verloren gegangen. Ungebüdig eilte die den Gang hinunter, die Orientierungsnummern an-

leuchtend. Hier war Kammer sechzehn und hier war — — — Verdamm! Hier standen die Gashotten offen!

Der Strahl des Lichtwerfers tonnelte haltlos um die schwere Stahltür. Die schien es als würde kalter, schwarzer Nebel auf ihn eindringen. Aber er kratzte die Fingernägel in die Sandfläche. Weiter spielen! Nur die paar Minuten —

Die drang in die Kammer ein. Sie war leer. Kleider lagen verstreut. Apparate hingen in Unordnung. Auf dem Teppich vor einem Lederpolster stand ein Frauen Schuh.

Die starrte auf den Schuh. Warum, warum ist das nur einer? Dachte sein Hirn hartnäckig. Und Lilith? Lilith!

Aber da, da war noch eine Türe — eine Nummer, siebzehn — zwei. Siebzehn zwei! — Siebzehn — zwei war für sich gesichert. Und die Türe war geschlossen. Lilith! Lilith war da drinnen.

Die schlug mit einem Koder gegen die Türe. Kein Laut. Keine Antwort — Nichts — —

Er trat in die Schotte — verschraubte die Dichtung — sagte den Hebel — pumpte gasfrei.

Dann begann er die zweite Stahltür aufzukurbeln. Es ging langsam! Viel zu langsam! Die wängte sich durch den Spalt, den der Mechanismus eben frei gegeben hatte.

Dies Lichtwerfer schickte den Strahl nervös tastend durch den Raum.

„Dort! Da lag ein Körper, eine Frau — Lilith!“

„Lilith!“ schrie die. Seine Stimme war rau vor Erregung.

Ein blaßes Gesicht hob sich über die Polster. Augen warfen sich ihm entgegen. Die war toll vor Glück. In Liliths Flüstern war heißer Jubel.

„Wie habe ich gewartet! Ich wußte, daß Du kommen mußt! Wir sterben — nun sterben wir zusammen!“

Die hatte ihre Hände gepackt, ihren Körper an sich gerissen und nun lächelte sie. Er lächelte ihren Mund, ihre Augen und ihr Haar. Sie erzitterte vor Glück, mit ihm zu sterben.

Aber in Dids Stimme war warme Sehnsucht nach dem Leben und die Sicherheit seiner Macht über den rasenden Tod.

„Nein, Lilith — nicht sterben — leben! Wir werden leben — wir!“

Lilith war zusammengezuckt. Ihr Körper widerstrebt. In ihren Augen stand Mißtrauen.

„Wir sterben“, meinte sie eigensinnig.

„Das Leben will uns!“ sagte die, härter als er wollte.

„Das Leben will mich nicht mehr“, stöhnte Lilith. Ihre Stimme klang gebrochen.

„Lilith“, sagte die rau, „in wenig Tagen ist alles alte aufgelöst. Willst Du uns quälen?“

„Ich will sterben“, flüsterte Lilith leise.

Wortlos hatte die begonnen, an der Radio-Apparatur zu arbeiten. Einen Augenblick dachte er noch daran, daß er für diesen eigenwilligen Menschen dort immer wieder nicht nur sein eigenes Leben — das war ja sein Recht —, sondern auch das seiner Kameraden aufs Spiel setzte.

Trunken kreuzte der treue Harley mit dem Flugzeug. Der hatte das gefährlichste Stück Nacharbeit. Wenn auch der Mondschein halb und das Kometenlicht; es würde trotzdem eine halbschreckliche Landung werden.

Keiner Zufall war es, daß nun die Kammer siebzehn so nahe unter der Strafe hinter dem Hügel lag. Da brauchte Harley wenigstens seinen Hals nur in der Maschine riskieren.

Aber diese Maschine, bei der Dids Gedanken waren, bekam keine Wellen von seinem Sender. Die konnte die Verbindung nicht kriegen. Der Lampenheizstrom lag auch weit unter dem roten Strich. Jemand mußte — —

„Hast Du an den Apparaten geschaltet?“ fragte die über die Kachel zurück.

„Ach wollte nach Dir rufen. Und —“ sagte Lilith leise.

„Und — jetzt will er nicht einmal sterben!“ vollendete die, einigermaßen wütend, den Satz.

„Bei dieser so unnützen Beschäftigung hast Du jetzt die Batterie noch ruiniert. Nun kann ich hinaus und eine neue suchen!“

„Geh doch — geh! Verfüme nur Deine so wertvolle Zeit mit so unnützen Dingen wie —“ wie mich, wollte sie sagen; aber sie schloß es doch hinunter. „Aber —“, suchte sie nach einem besseren Trumpf, „aber vergiß nicht, Dich zuletzt auch zu retten.“

Lilith hatte ihre sinnlosen Worte immer leidenschaftlicher hervorgestoßen. Sie wußte selbst, wie ungerecht das alles war. Weinen schüttelte sie. Sie preßte das Taschentuch an den Mund.

Schweigend stülpte sie die das Guffschußgerät über. Dann setzte er den Schleusenmechanismus in Tätigkeit.

„Du läßt mich allein?“ sagte Lilith ungläubig und mit tonloser Stimme.

„Du wußtest doch, nur kurze Zeit, nur wenige Minuten!“ suchte die sie zu trösten.

Aber Lilith wollte nichts verstehen und wollte keinen Trost. Und doch flüsterte ihr Mund: „Die — Du bleib!“ Sie drückte den Kopf in die Kissen. Ein Zittern lief durch ihren Körper.

Die war mit drei Schritten bei ihr. Er strich leise über ihr glänzendes schwarzes Haar, bis sie ruhig lag.

Auf den Kniespielen schlich die zur Türe. trat in die Schotte und schliefte sich nach außen.

In Kammer Siebzehneins traf sein Lichtwerfer zuerst wieder diesen verlassenem Frauen Schuh auf dem Teppich. Dann tanzte der Lichtstrahl die Wände entlang. An der Marmortafel mit den Rantschulfscheiben und den Nadelhebeln blieb er liegen.

# Goering und Goebbels als Zeugen

## Goering „vernahm“ einen Belastungszeugen!

### Der Telefonanruf im kommunistischen Fraktionszimmer

Prag, 17. Oktober. Die heutige Verhandlung vor dem Reichsgericht ergab die bemerkenswerte Tatsache, daß der Ministerpräsident Goering mit dem Amtsgesellen Kohl kurz nach dem Brand eine Unterredung hatte. Daß Herr Goering das Bedürfnis fühlte, mit einem Reichstagsangestellten zu sprechen, der eine so untergeordnete Funktion bekleidete wie Kohl, ist an und für sich auffallend. Noch auffallender ist, daß Kohl der einzige Angestellte zu sein scheint, der mit Goering unmittelbar nach dem Brande verhandelt, bzw. von Goering „eilvernommen“ wurde.

Die Befragung Kohls gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß er der einzige wesentliche Belastungszeuge gegen Torgler und der Mann ist, dessen Aussage die Grundlage für die von den einzelnen Polizeimeinungen sofort gegen Torgler erhobenen Anschuldigungen ist. Wenn sich sogar Herr Dr. Sad über die Begegnung zwischen Kohl und Goering wunderte, jener Herr Sad, der auch heute redlich bemüht war, in erster Linie die Behauptungen des Braunbuchs zu „widerlegen“, so ist das ein Beweis für die außerordentliche Wichtigkeit, die der „Eilvernahme“ des Zeugen Kohl durch Goering beizumessen ist. Man hat den Zeugen freilich nicht befragt, was er mit Goering verhandelt hat, und er hätte es auch kaum gesagt. Daß aber die Projektleitung über die Tatsache der „Eilvernahme“ Kohls durch Goering mit Stillschweigen hinweggeht, ist ebenso seltsam wie die Begegnung selbst!

Die Verdachtsmomente gegen die Leute aus der Umgebung Goerings verdichten sich auch durch die Aussage des Pförners Wodsch, der meint, daß der aus dem Portal II gegangene Mann einen Helfer im Reichstag gehabt haben müsse, und durch die Angabe des Ingenieurs Risse, der sagte, daß das Personal des Präsidentenhauses (in dem Goering wohnte), um in den Reichstag zu gelangen, den unterirdischen Gang benutzen mußte. Wie peinlich muß es Herrn Dr. Sad sein, daß seine Suggestivfrage über die Stabswache so zweideutig beantwortet wurde!

Warum fällt es dem Herrn Dr. Sad oder einem anderen der maßgebenden Prozessmacher nicht ein, die nach dem Reichstagsbrand in den Berliner Zeitungen veröffentlichten Polizeiberichte über die Unmengen vorgefundener Brandmaterialien vorzulegen? Hat auch die Polizei diese Verichte vergessen? Damals behauptete man allerdings, die Kommunisten hätten das Brandmaterial in den Reichstag geschafft. Heute will man nachweisen, es sei überhaupt keins dagewesen!

Es werden also auch der Gememörder und seine Ministerfreunde vor Gericht erscheinen. Ueber die Wahrscheinlichkeit dieser Männer ist die gestützte Welt nur einer Meinung. Diese Meinung weicht allerdings stark von der des Herrn Dr. Sad und des Gerichtes ab, das sie nur vernemen will, um ihnen Gelegenheit zu geben, die Behauptungen des Braunbuchs „zurückzuweisen“. Goering scheint freilich die Morphium-Entziehungskur noch nicht beendet zu haben, da er erst später geladen werden soll!

Zu Beginn der Verhandlung nimmt der Oberreichsanwalt Stellung zu den Beweisunterlagen, die Rechtsanwalt Dr. Leichter für die bulgarischen Angeklagten gestellt hat.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Beschluß des Senats über die Beweisunterlagen morgen verhandelt werden wird.

Es wird nunmehr der Postkassierer Otto, der damals die Briefkasteneinlieferung in Reichstagsbezugs, als Zeuge vernommen. Der Zeuge schildert seine Beobachtungen bei der 9 Uhr-Vernehmung. Er sei durch die Wandelhalle zum Portal II gegangen, wo er einen kleinen Kasten geleert habe, und sei von dort zum Postamt in der Wandelhalle gegangen, um auch dort den Kasten nachzusehen. Durch das Portal 5 habe er dann den Reichstag verlassen. Es sei vollständig dunkel in der Wandelhalle gewesen. Geräusche oder Gerüche habe er nicht wahrgenommen. Wenn er sich recht erinnere, habe mindestens der eine Pfleger der großen Glasstür zum Plenarsaal offengestanden.

Als nächster Zeuge wird Tischlermeister Lippert vernommen, der sich ausführlich über die hölzerne Innenausstattung des Plenarsaales äußert.

### Kein Brandmaterial durch das Portal II.

Der Amtsgeselle Wodsch, der seit 11 Jahren Pförtner am Portal war, bezeugt, er habe am 27. Feber ein paar Minuten nach 8 Uhr das Portal geschlossen. Der Zeuge hat das Portal wie immer verschlossen und auch den Riegel vorgehängen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob jemand seinen Schlüssel zum Portal benutzen könnte, erwidert der Zeuge, daß das unmöglich sei. Auch die Anfertigung eines Wachsabdruckes von dem Schlüssel hält er für ausgeschlossen. Die Frage des Rechtsanwaltes Dr. Leichter: Haben Sie am Brandtage oder vorher durch Portal II einen Mann mit einer Kiste gehen sehen? beantwortet Zeuge mit: Nein. Dr. Sad: Im Auslande und im Braunbuch wird behauptet, der nationalsozialistische Bauinspektor Scranovich

habe die diensthabenden Beamten um 1 Uhr nach Hause geschickt. Zeuge: Zu den diensthabenden Beamten gehöre auch ich. Uns hat niemand nach Hause geschickt, und ich habe auch gar nichts darüber gehört.

Der Amtsgeselle Kohls, der seit 20 Jahren in der Garderobe beim Portal II tätig ist, sagt aus, am 27. Feber, etwa 10 Minuten vor 8 Uhr, habe noch die Garderobe Torglers am Riegel gehangen. Er habe anrufen wollen, ob die Garderobe nicht hinaufgeschafft werden könne. Zweimal habe er die kommunistischen Fraktionszimmer gerufen; es habe sich aber niemand gemeldet und auch das Befestigungszeichen sei nicht gekommen. (Das wäre belastend für Torgler, der erklärt, er habe das Fraktionszimmer nicht verlassen.) Nach dem zweiten vergeblichen Anruf habe ihm ein Fahrstuhlführer auf einem Nebenapparat den Anruf gemeldet, daß er Torglers Sachen nach oben bringen solle. Die Frage des Reichsanwaltes, ob es ihm aufgefallen sei, daß er keine Verbindung bekam, verneint der Zeuge.

### Sack wundert sich über Goering

Als der Zeuge im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erklärt, daß er seinerzeit zuerst zum Ministerpräsidenten Goering gefahren und genau das gesagt habe, was er auch hier gesagt habe, fragt Dr. Sad, ob diese erste Aussage beim Ministerpräsidenten Goering nicht ein Irrtum sei. Er könne sich nicht vorstellen, daß Ministerpräsident Goering eine Vernehmung angestellt hat.

Darauf erklärt der Zeuge, er sei um dreiviertel 9 Uhr nach Hause gekommen und habe sich um halb 10 Uhr ins Bett gelegt. Gleich nach 10 Uhr habe sein Nachbar geflingelt und mitgeteilt, der Reichstag brenne. Er sei dann sofort mit der Straßenbahn zum Reichstag gefahren. Ein Polizeibeamter wolle ihn nicht in das Gebäude lassen und sagte, Minister Goering sei gerade drin, worauf ich erwiderte, daß ich gerade zu Goering wolle.

Er sei dann ins Portal II gebracht worden, und sei später zusammen mit dem Ministerpräsidenten Goering, der ja auch gleichzeitig Reichstagspräsident war, im Auto nach dem Ministerium Unter den Linden gefahren und dort vernommen worden.

Wenn er nicht irre, sei es Daluge gewesen, der ihn zu Protokoll vernommen habe. Der Oberreichsanwalt bemerkt dazu, daß Daluge damals Chef der Kriminalpolizei war. Der Angeklagte Dimitrow stellt dann wieder einige Fragen, unter anderem, welcher Partei der Zeuge angehört. Kohl erwidert: Ich habe noch nie einer Partei angehört. Auf eine weitere Frage Dimitrows ob der Zeuge mit dem Ministerpräsidenten Goering noch einmal zusammengekommen sei, erklärt Kohl, in Sachen der Brandangelegenheit nicht.

### Portalschlüssel und unterirdischer Gang

Nach der Pause wird der Pförtner Wodsch vom Vorsitzenden nochmals gefragt, wie er sich die Beobachtung des Zeugen Bogun erklären könne, daß spät abends ein Mann aus dem Portal II herausgelaufen sein soll. Wodsch erklärte, daß dann dieser Mann nicht nur über einen Nachschlüssel zum Öffnen des Portals verfüge, sondern unbedingt auch einen Helfer innerhalb des Reichstages gehabt haben müsse, der nachher von innen das Portal wieder so verschloß und den Riegel so vorgelegt habe, wie es tatsächlich der Fall war.

Der Betriebsingenieur des Reichstages Risse äußert sich dann über die technischen Anlagen des Reichstages. Die Frage des Rechtsanwaltes Dr. Sad, ob im Keller eine Anzahl als Altan oder Waffen dekorierte Kisten mit Brandmaterial gelegen habe, wie es im Braunbuch stehe, verneint der Zeuge.

Die Frage des Rechtsanwaltes Dr. Sad, ob das Personal des Präsidentenhauses, wenn es ins Reichstagsgebäude gelangen will, den unterirdischen Gang benutzen müsse, bejaht der Zeuge.

Dr. Sad: Wenn nun im Präsidentenhaus eine sogenannte Stabswache von 30 Mann ständig gelegen habe, hätten Sie und ihre Leute das beobachten müssen oder hätte Ihnen das entgehen können? Zeuge erwidert, daß ihm das hätte entgehen können, aber der Obermaschinenmeister Mucha könne vielleicht darüber Auskunft geben.

Als nächster Zeuge wird Obermaschinenmeister Mucha vernommen. Er erklärt, daß der unterirdische Gang nicht vom Reichstag zum Präsidentenpalais führe, sondern vom Reichstag zum Maschinenhaus. Der Gang habe später eine Abzweigung zu dem später erbauten Präsidentenhaus erhalten, um auch dieses Haus mit Heizung zu versorgen. Wenn das Maschinenhaus in Betrieb sei, seien beide Türen des Ganges geöffnet.

Der Vorsitzende erklärt dann, daß eine Ortsbeichtigung vorgenommen werde, um eine bessere Grundlage für die weiteren Erörterungen über den unterirdischen Gang zu haben.

### Ein Gangschlüssel ging verloren

Auf weitere Fragen erklärt Mucha, es sei einmal vorgekommen, daß ein Schlüssel zum

Gang verloren ging und auch verschwunden blieb. Dieser Vorgang liege aber sehr weit (?) zurück.

### Der Anwalt Goerings lädt hohe Zeugen

Oberreichsanwalt Dr. Werner betont dann in längeren Ausführungen, im Braunbuch werde ohne jeglichen Versuch des Beweises die Behauptung aufgestellt, daß durch den unterirdischen Gang unter Führung des Polizeipräsidenten Heines-Breslau, des Oberleutnants Schulz und des Polizeipräsidenten Graf Helldorf-Potsdam SA-Abteilungen in den Reichstag eingedrungen seien und dort den Brand gelegt haben.

Er beantrage, die genannten Personen als Zeugen dafür zu laden, daß sie mit dieser Sache nicht das geringste zu tun haben. Er beantrage weiter, als Zeugen den preussischen Ministerpräsidenten Göring und den Reichsminister Dr. Goebbels zu laden. Im dem Braunbuch wurde behauptet, daß Minister Goebbels und Goering als Urheber des Planes gestolten haben. Es sei eine Pflicht, wenn solche „unerhörte und unbewiesene Verdächtigungen“ in die Welt gesetzt werden, daß dann auch diesen Herren die Möglichkeit gegeben werde, insbesondere auch über die damalige politische Lage und die dadurch notwendig gewordenen Maßnahmen vor Gericht unter Eid auszusagen.

Nach kurzer Besprechung mit den übrigen Senatsmitgliedern verhandelt der Vorsitzende den Se-

natsbeschuß, den Beweisunterlagen des Oberreichsanwaltes stattzugeben. Die Vernehmung der Zeugen Heines, Schulz und Graf Helldorf soll bereits am Freitag erfolgen. Ministerpräsident Goering und Reichsminister Goebbels sollen vernommen werden, wenn das Gericht mit den politischen Erörterungen beginnt.

### Die Verhaftung des Advokaten Villard

Paris, 17. Oktober. Der Leiter der französischen Botschaft in Berlin intervenierte gestern bei der deutschen Regierung, indem er Auffklärung darüber forderte, weshalb der französische Advokat Villard, welcher dem Prozeß von der Lubbe in Leipzig beizuhilfen, verhaftet und gefangen gehalten wird. Gleichzeitig mit dem französischen Advokaten waren drei bulgarische Advokaten verhaftet worden.

Berliner Regierungskreise deuteten an, daß der französische Advokat freigelassen, gleichzeitig aber in Kenntnis gesetzt werden wird, daß deutsche Gebiet unverzüglich zu verlassen.

### Holländischer Journalist verhaftet

Berlin, 17. Oktober. Der bekannte holländische Journalist van Zwinderen wurde heute vor Betreten des Gerichtssaals, wo der Reichstagsbrandprozeß verhandelt wird, von deutschen Geheimpolizisten verhaftet. Er wird beschuldigt, in einem japanischen Blatte einen Artikel veröffentlicht zu haben, worin er den preussischen Ministerpräsidenten Goering beleidigt hätte.

Das Contibüro erklärt, von Zwinderen sei von Kriminalbeamten nur zu einer Vernehmung ins Polizeipräsidium gebeten worden. Entgegen anderslautenden Meldungen handle es sich nicht um eine Verhaftung. Die Vernehmung dauert noch an. Freiherr von Zwinderen hat im Laufe des Nachmittags das Polizeipräsidium wieder verlassen.

## Für die Einhaltung der Kollektivverträge und die Vierzigstundenwoche

Bei der Debatte, die in der Landesvertretung Dienstag, den 17. ds., über das Kapitel „öffentliche Bauten“ abgewickelt wurde, ergriff Genosse Deisler

das Wort, der u. a. folgendes ausführte:

Die Auswirkungen der Krise treffen in vollem Ausmaße und in erster Linie die Arbeiterklasse. Es ist bei den Verhandlungen der anderen Kapitel bereits ausführlich darüber gesprochen worden. Ich möchte nur erwähnen, daß bei der Durchführung der öffentlichen Arbeiten, das Land die Möglichkeit hätte, der Arbeitslosigkeit einigermaßen zu steuern, indem es die öffentlichen Arbeiten zur Durchführung bringt.

Wir klagen schon seit vielen Jahren über den schlechten Zustand, in denen sich unsere Bezirksstraßen befinden.

Einzelne Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, Straßen zu bauen. Sie können nicht mehr die erforderlichen Aufwendungen für Schotter und Sand machen, um die Straßen zu erhalten, und können dieser wichtigen Aufgabe nicht mehr gerecht werden. Sie sind auch nicht mehr in der Lage, die Subventionen in Anspruch zu nehmen, um die Straßenbauten durchzuführen zu können, da sie den für sie vorgeschriebenen Anteil nicht mehr aufzubringen vermögen.

Die Durchführung der Straßenaktion ist unternommen worden nach dem Schema, wie es das Gesetz zur Regelung der Finanzen der Selbstverwaltungskörper vorschreibt. Es ist ein Ausgleichsfonds geschaffen worden. Nun können wir aus den bisherigen Erfahrungen bereits die Mängel dieses Systems erkennen.

Die Mängel des bestehenden Systems in der Straßenaktion trifft gerade jene Bezirke am schwersten, die am meisten die Abhilfe brauchen würden,

nämlich jene Bezirke, wo die Arbeitslosigkeit am trassiesten ist. Gerade in dieser Beziehung hat die Landesstraßenaktion im gewissen Sinne vollkommen versagt. Wir haben von dem Betrage in der Höhe von rund 13 Millionen Kronen, der hier im Kapitel 9 für Straßenbauten eingesetzt worden ist, ungefähr drei Viertel dieses Betrages für die Straßenaktion verwendet. Das Land selbst hat nicht mehr die Mittel für diese Zuwendungen, es ist daher zu begründen, wenn der Landesauschuß in seinem Bericht neuerdings wieder in seinen Ansprüchen an das Arbeitsministerium das Verlangen stellt, legislativ den Weg vorzubereiten, daß das

Gesetz über den Straßensfonds abgeändert wird. Es muß vor allem verlangt werden, daß die Bezirksstraßen den Staatsstraßen vollkommen gleichgestellt werden.

Noch etwas muß gesagt werden: Es ist in der letzten Zeit sehr häufig vorgekommen, daß bei den Differenzschiebungen die Arbeit nicht an die billigste Firma vergeben worden ist. Dann hat es sich ereignet, daß gerade Firmen, die die Arbeiten bekommen haben, nicht sehr solide Arbeit geleistet haben. Wenn solche Prager Firmen ihre Arbeiter mitbringen und die heimischen Arbeitslosen, die schon jahrelang arbeitslos sind, zum größten Teil keine Arbeit bekommen, so können Sie sich ungefähr vorstellen, daß sich die Bevölkerung über solche Dinge empört und darin eine Ungerechtigkeit erblickt.

### Die Kollektivverträge

Bei verschiedenen Firmen ist es vorgekommen, daß die sozialpolitischen Gesetze und die vertrag-

lichen Löhne bei Arbeiten, die vom Lande vergeben werden, nicht eingehalten worden sind.

Es wäre gerade in der heutigen Zeit notwendig, daß diese Einrichtungen, die gesetzlich festgelegt wurden, auch eingehalten werden. Ich möchte deshalb folgenden Antrag einbringen:

1. Der Landesauschuß wird beauftragt, die Verträge über Arbeiten und Lieferungen für das Land durch die Bedingung zu ergänzen, daß Firmen, die die Kollektivverträge und sozialen Arbeitervertragsbestimmungen nicht einhalten, zur Einhaltung durch Festsetzung eines entsprechenden Pönales, welches im Falle der Verletzung zugunsten des Landes zu verfallen hat, verhalten werden.

2. Der Landesauschuß wird beauftragt, der Landesvertretung in der nächsten Session einen Bericht darüber vorzulegen.

Bei dieser Gelegenheit muß man noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Wenn schon die Arbeiten, die das Land durchführen kann, infolge der beschränkten Mittel nicht so umfangreich sind, um wirklich der schweren Wirtschaftskrise etwas steuern zu können, so sind wir doch der Meinung, daß

bei den Arbeiten, die das Land zu vergeben hat, wenigstens die 40-Stunden-Woche eingeführt wird.

Ich unterbreite daher auch in dieser Richtung einen Antrag, der lautet:

Mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer der vom Lande durchgeführten oder unterstützten Bauten zu verpflichten, die Arbeiter, nur 40 Stunden wöchentlich zu beschäftigen. Dieser Antrag ist dem Landesauschuß mit dem Auftrag zuzuwenden, über die getroffenen Maßnahmen in der nächsten Session der Landesvertretung zu berichten.

### Abfuhr für die agrarische Inflationspropaganda

Während der Debatte über das Kapitel „Öffentliche Arbeiten“ erhob der tschechische Agrarier Schura die Forderung nach inflationsistischen Maßnahmen in der Tschechoslowakei. Nach ihm meldete sich Dr. Wandl (Nationaldemokrat) zu Wort, der in entscheidender Form und unter dem Beifall aller nicht agrarischen Parteien diese Forderung ablehnte. Nachdem die Debatte über das Kapitel geschlossen war, verlangte Schura das Wort zur Replik, welches ihm der Landespräsident nicht mehr erteilte. Zum Protest verließen die tschechischen Agrarier den Saal, ohne jedoch durch diese leere Demonstration den geringsten Eindruck hervorzurufen. Vor Schluß der Sitzung trug der agrarische Landesauschußbeisitzer Srba im Namen seiner Fraktion einen Protest gegen den Landespräsidenten vor, der seine Haltung durch den Hinweis auf die Geschäftsordnung begründete.

Als Nachfolger des verstorbenen Prof. Raimour wurde Landesvertreter Ryp in den Landesauschuß gewählt.

### Dr. Beneš fährt nach Wien

Genf, 17. Oktober. Minister des Äußern Dr. Beneš ist heute um 11 Uhr nach Prag abgereist. Auf seiner Reise wird er sich in Wien aufhalten, wo er mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß zusammentreffen und Beratungen über gemeinsame politische und hauptsächlich wirtschaftliche Interessen Österreichs und der Tschechoslowakei pflegen wird.

Minister Dr. Beneš wird wahrscheinlich am Mittwoch oder Donnerstag der nächsten Woche nach Genf zurückkehren.

### Die Rüstungsindustrie gratuliert

Berlin. (Wolff.) Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach hat Telegramme an den Reichspräsidenten und an den Reichskanzler gerichtet. Das Telegramm an den Reichspräsidenten besagt, daß der durch das Gebot der Selbstachtung vorgeschriebene Entschluß zur Wahrung der Gleichberechtigung des deutschen Volkes der deutschen Industrie Gelegenheit biete, seiner unerschütterlichen Treue Ausdruck zu geben. Das Telegramm an den Reichskanzler erklärt: Die deutsche Industrie steht bedingungslos hinter der Führung des deutschen Volkes. Nur die Gleichberechtigung könne jenes Vertrauen schaffen, dessen alle Völker zur Überwindung der materiellen Not so dringend bedürfen.

### Europäische Politik ohne Amerika

Genf, 17. Oktober. Auf Grund der gestern aus Washington eingetroffenen Anweisungen hat der amerikanische Hauptdelegierte Norman Davis folgende offizielle Erklärung veröffentlicht: „Wir sind in Genf einzig und allein zu Abrüstungszwecken. Solange eine Möglichkeit besteht, die Verhandlungen über die Abrüstung erfolgreich fortzusetzen, werden wir gern dazu beitragen. Wir sind jedoch nicht an dem politischen Element oder an irgendeiner rein europäischen Seite des Problems interessiert. Ob die Umstände für die Fortsetzung der gegenwärtigen Abrüstungsbestrebungen günstig sind oder nicht, ist eine Frage, die von Europa und nicht von den Vereinigten Staaten beantwortet werden muß.“

### Konzentrationslager in Wöllersdorf 36 Nazis eingetieft

Wien, 17. Oktober. Die österreichische Regierung hat heute das erste Konzentrationslager eröffnet, obwohl sie bisher immer die Behauptung aufgestellt hatte, daß es in Österreich kein Konzentrationslager gebe, und der Presse verboten hatte, diesen Namen auch nur zu erwähnen.

Nun erfährt man, daß 36 Nationalsozialisten, darunter auch zwei Frauen, in das Konzentrationslager nach Wöllersdorf eingeliefert worden sind. Die Häftlinge sind dort in Baracken untergebracht und werden von Heimwehrleuten bewacht.

### „Die Aufrüstung Deutschlands muß verhindert werden.“

Die Forderung der französischen Presse.

Paris, 17. Oktober. Das Havasbüro berichtet: Die heutige französische Morgenpresse erhebt neuerdings die Forderung, daß es unumgänglich und ohne Aufschub notwendig sei, die Situation zu lösen, die durch das Vorgehen Deutschlands in den letzten Tagen entstanden ist. Es ist unbedingt notwendig, so schreiben die Blätter, ein Mittel zu finden, durch welches man das verhindern könnte, was die Abrüstungskonferenz zu verhindern nicht verstanden hat, nämlich die Aufrüstung Deutschlands, welche den Weltfrieden zu einem sehr zweifelhaften Zustand führen würde. „Gretschler“ sagt in diesem Zusammenhang: Die Zeit arbeitet nicht zugunsten des Friedens. Die vergangenen Tage, Wochen und Monate gestalten Deutschland, seine Militärmacht zu bestreiten, welche sich in allen Beziehungen zu vervollkommen beginnt. Es genügt, an die Glückwünsche des Jahres zu erinnern, welche die Magazine der Schwerindustrie, die im heutigen Winter gewiß nicht Not an Leben haben wird, an die Führer der deutschen Politik gesandt haben. Das „Journal“ schreibt: Deutschland ist sicherlich nicht so naiv, zu glauben, daß seine illegale Aufrüstung später als unabänderliche Tatsache hingenommen werden wird. Diese Angelegenheit erfordert eine dringende Lösung.

### Prag-Brünn in 49 Minuten!

Prag, 17. Oktober. Das neue Flugzeug der tschechoslowakischen Fluggesellschaft „Avia 51“, Konstrukteur Ing. Hebešar, legte die Strecke Prag-Brünn in 49 Minuten zurück. Das Flugzeug startete auf dem Flugplatz in Abely um 8.21 Uhr und landete auf dem Flugplatz in Brünn um 9.10 Uhr.

Diese Zeit von 49 Minuten entspricht einer Fahrgeschwindigkeit von 236 Kilometern pro Stunde und ist eine Rekordzeit für Verkehrsflugzeuge auf der Strecke Prag-Brünn.

### Krebs ist nicht geflohen!

An den Prager halbamtlichen Bericht über die Flucht des Salenkreuzführers Krebs hängt der „Völkische Beobachter“ folgendes originelle Kommentar:

„Von einer „Flucht“ des Abgeordneten Krebs kann wohl keine Rede sein, da er vor seiner Reise, die ihn wohl ins Ausland geführt hat, einen Haftbefehl nicht in Händen haben konnte.“

Krebs ist zwar bei Nacht und Nebel verduftet, aber da er durch seine Abreise den Haftbefehl nicht bekommen konnte, ist seine Flucht eben keine Flucht, sondern nur eine Reise ins Ausland. Nächstens wird der „Völkische Beobachter“ berichten, daß die in deutschen Konzentrationslagern gemarteten deutschen Sozialisten eigentlich gar nicht im Konzentrationslager sitzen, — weil sie ja keinen Haftbefehl zu Gesicht bekommen haben. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die Skrupellosigkeit der Salenkreuzpresse oder das Maß von Dummheit, das sie ihren Lesern zu traut.

### Jugendfürsorge und Staatsvoranschlag

Der Reichsverband für deutsche Jugendfürsorge in Reichenberg verspricht ein Memorandum, in welchem er zu den die Jugendfürsorge betreffenden Posten im Staatsvoranschlag für das kommende Jahr Stellung nimmt. Das Memorandum verweist auf das frühere Ersuchen des Reichsverbandes, es mögen jene Posten, aus denen die Jugendfürsorgeorganisationen subventioniert werden, nicht die gleiche Bewertung erfahren wie andere Subventionsposten, sondern vielmehr als ein sparsames Mittel betrachtet werden, mit dem sich der Staat durch einen verhältnismäßig geringen Aufwand die Lösung seiner wichtigsten Aufgabe sichert, wozu ein unverhältnismäßig höherer Aufwand erforderlich wäre, wenn die öffentlichen Verbände, vor allem der Staat selbst, sie lösen müßten. Die Denkschrift weist ferner darauf hin, daß die Lage der Jugendfürsorge infolge des allmählichen Verschwindens der bisherigen privaten Einnahmequellen sich immer mehr verschlechtert, während gerade jetzt eine Zunahme der Fürsorgebedürftigkeit sich bemerkbar macht. Aus den Jahresrechnungsabzählungen der Landeskommission und der Bezirksjugendfürsorge in Böhmen wurde festgestellt, daß diese Organisationen im Jahre 1932 für die Erhaltung ihrer Einrichtungen zum Schutze der deutschen fürsorgebedürftigen Jugend über 16 Millionen Ks ausgegeben haben. (88 Anstellungen als Hilfsorgane der öffentlichen Verwaltung mit 4000 Vertrauensaufsichtspersonen, 106 Mutterberatungsstellen, 61 Berufsberatungsstellen, Unterstützung von Kindern armer Familien, von Waisen und verlassenen Kindern.) Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in Mähren und Schlesien. Solange Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung nicht anders für die Bedürfnisse des Nachwuchses sorgen, hält es der Reichsverband für seine Pflicht, die Hilfe des Staates im Interesse des Staates selbst anzurufen und erucht daher die zuständigen Stellen, die Posten für die Jugendfürsorge im Staatsvoranschlag nicht zu senken.

### Die „deutsche Ehre“

Die Deutsche Hochschuljugend bereit zum Stahlbad.

Berlin, 17. Oktober. (Wolff.) Zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund hat die deutsche Studentenschaft an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, worin sie für die Wiederherstellung deutscher Ehre dankt und Treue und Einsatzbereitschaft bis zum Letzten gelobt. — Der Nationalverband deutscher Offiziere sagt in einem Telegramm an den Reichspräsidenten, den Generalfeldmarschall in der Reichsregierung Dank für die Wiedererringung deutscher Ehre und die Ablehnung neuer, unwürdiger Demütigungen.

### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag.

Prag: 11: Schallplatten, 13.30: Schallplatten, 16.30: Kinder musizieren, 17.55: Französisch, 18.30: Deutsche Sendung; Dr. Kouha: Neue Bilder, 19.10: Blasmusik, 20: Aktueller Vortrag, 22: Letzte Nachrichten, 22.30: Smetana: Weisheitsbad. — Brünn: 11: Schallplatten, 13.15: Nach 15 Jahren: mit dem Auto durch die Slowakei, 17.15: Plauderei mit der Jugend, 18.25: Deutsche Sendung; Frauenfunk. — Olmütz: 12.30: Orchesterkonzert, 17.10: Populäres Konzert, 18: Frauenfunk. — Wien: 15.30: Kinderstunde, 17.55: Lieder und Arien, 19: Unterhaltungskonzert, 20.15: Aus vollen Adern Werken. — Leipzig: 18.25: Gries, 21: Lieder zur Route. — Berlin, 17.50: Quer durch Südarabien. — München: 18: Konzertstunde.

In der heutigen Arbeitersendung im Prager Rundfunk spricht infolge Verhinderung des ursprünglich angebotenen Vortragenden Genosse Prof. Theodor Hartwig-Prag über „Technokratie“.

### Tagesneuigkeiten

#### Deutschnationaler Vorsteher in Zettlitz unterschlägt 191.000 Ks.

Montag, den 16. ds., wurde der Vorsteher der Gemeinde Zettlitz im Bezirk Karlsbad, Anton Schloffer, wegen Veruntreuung von Gemeindegeldern in der Höhe von 191.000 Ks von der Gendarmerie verhaftet. Das Geld hat sich Schloffer im Laufe von ungefähr zwei Jahren angeeignet. Vielleicht wäre man der Unterschlagung noch lange nicht auf die Spur gekommen, wenn nicht Schloffer selbst — wahrscheinlich um sich zu retten — Montags die Anzeige erstattet hätte, daß die Gemeindefasse ausgeraubt worden sei. Die untersuchenden Organe merkten sofort, daß diese Anzeige ohne Anhaltspunkte erfolgte und kamen so auf das Verbrechen, das der Vorsteher selbst verübt hat. Die Verhaftung Schloffers, der Mitglied der Nationalpartei war, hat im Orte und der Umgebung großes Aufsehen erregt, weil er bis zu seiner Festnahme als wohlhabender Sägenwerksbesitzer galt und auch sonst verstanden hat, sich den Ruf eines soliden Bürgers zu sichern. Er dürfte des Geld zum größten Teil für sein Unternehmen verwendet haben.

#### Ein gewissenloser Motorfahrer.

unter Zugabe von Gas davon. Srutel Rudolf Sruta mit seiner Frau und zwei Kindern mit einem Handwagen aus Lázno Ostrov (im Bezirk Brandeis a. E.) nach Zwettl. Knapp vor der Gemeinde stieß plötzlich ein in voller Fahrt befindliches und auf der unrichtigen Straßenseite fahrendes Motorrad in die Gruppe, wobei der Handwagen umgestürzt und die Frau sowie die Kinder zu Boden gerissen wurden. Als der Motorfahrer sah, daß alle drei Personen blutüberströmt am Boden ohnmächtig liegen blieben, fuhr er unter Zugabe von Gas davon. Srutel war, als er sah, daß sich das Motorrad einige Schritte dicht vor ihm befände, zur Seite gesprungen. Die Gattin Srutels erlitt eine große Wund am linken Fuß, eine Gehirnerschütterung und mehrere Hautabschürfungen am ganzen Körper. Sie erlangte erst im Spital von Böhm.-Brod das Bewußtsein wieder, wohin sie mit einem der Anwohner gebracht wurde. Der Knabe dürfte um ein Auge kommen.

An der Unfallstelle verlor entweder der Motorfahrer oder der zweite im Anhängewagen sitzende Mann seinen grünen Hut, der sich auf der Gendarmeriestation in Jirny befindet. Wer über den gewissenlosen Motorfahrer, der bestimmt seine Maschine beschädigt hat, oder über den Inhaber dieses grünen Hutes irgend eine Meldung erstatten könnte, möge dies auf der nächsten Gendarmeriestation oder der nächsten Polizeibehörde bekanntgeben.

#### Blutige Streikämpfe in den Vereinigten Staaten.

In Tulare (Kalifornien) streifen 18.000 Baumwollpflücker. Die Gendarmen töten sechs Streikposten, verwundeten 20 und verhafteten 20 Arbeiter. 300 Baumwollpflücker marschieren zur Bezirksstadt, um die Freilassung der Verhafteten und Unterstützung zu fordern. Unter den Streikenden befinden sich Pankees, Lateinamerikaner und Negler. Tausende treten der Gewerkschaft bei. Die Streikenden fordern einen Dollar Pflückerlohn für ein Pfund Baumwolle statt der 60 Cents, die sie jetzt erhalten.

In Lodi streifen 3000 Nebenpflücker. In diesem Streikampf wurde ein Landarbeiter getötet. Im Bundesstaate Arizona stehen 8000 Baumwoll- und Lattichpflücker im Streik.

#### Eine Schlacht in Bangkol.

Bangkol, 17. Oktober. Nach bis zum gestrigen Tage von der Zensur zurückgehaltenen Meldungen haben die Kämpfe, welche sich zwischen den Aufständischen und dem regulären Heere in der unmittelbaren Nähe von Bangkol am Freitag entzweit haben, in der ganzen Stadt große Panik hervorgerufen. Die Aufständischen leisteten der Aufforderung der Regierung, auseinanderzugehen, keine Folge und marschierten im Gegenteil direkt gegen Bangkol. Die der Regierung treu gebliebenen Truppen verhinderten aber ihren weiteren Vormarsch. Die Regierung forderte sodann die Aufständischen auf, von der Stadt abzugehen, und ließ hierfür eine Frist bis Freitag 15 Uhr. Nach Ablauf dieser Frist eröffneten die Regierungstruppen gegen die Aufständischen ein Feuer aus Kanonen und Maschinengewehren. Der Umfang der Schäden ist im Hinblick auf die strenge Zensur bisher nicht bekannt.

#### Aber der Inländer ist vogelfrei!

Berlin, 17. Oktober. Die Sonderabteilung des Berliner Schnellgerichtes verurteilte heute einen Glasbläser und einen Kraftwagenführer wegen Körperverletzung zu je sechs Monaten Gefängnis. Der Vertreter der Zentralstaatsanwaltschaft beim preussischen Justizministerium hatte die gleiche Strafe beantragt. Es handelt sich um die Verletzung des amerikanischen Staatsbürgers Roland Böly in Düsseldorf, der nach Ansicht der Angeklagten beim Vorbeifahren einer Salenkreuzsahne ein „verächtliches Benehmen“ zur Schau getragen hatte.

### Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

#### Fußballspiel-Ergebnisse I. Klasse V. Kreis (Meisterschaft)

1. Gruppe: Steinschönau gegen Ober-Preschlau 6:3, Haida gegen Georgenthal 2:0, Warnsdorf gegen Rumburg 1:2, Hirschberg gegen Schönlinde 8:1, Nieder-Liebig gegen Schönlinde 4:2, Ober-Preschlau gegen Böhm.-Rannitz 3:7. — 2. Gruppe: Zuckmantel gegen Strohwitz 4:2, Teplitz gegen Radowitz 0:2. — 3. Gruppe: Weiskirchli gegen Kleisitz 6:3, Reuhof gegen Teplitz 3:0, Dux gegen Auffig-Nord 3:0. — 4. Gruppe: Eichwald gegen Langgust 2:2, Hohenstein gegen Türritz 2:4, Wobornitz gegen Resteritz 4:1. — 5. Gruppe: Schönpritz gegen Auffig-Ost 1:3, Kleinaugezd gegen Ugersdorf 2:0, Zettitz gegen Pihanen 2:6. — 6. Gruppe: Nieder-Leutensdorf gegen Saaz 0:4, Brüx gegen Tschern 3:0, Komotau I gegen Trupschitz 2:0, Komotau II gegen Sporitz 3:0.

Kreismitteilung. Den Vereinen der Gruppe Eichwald und Hohenstein, sowie der Kreisrichterrichter-Vereinigung diene zur Kenntnis, daß der Verein Resteritz aus der Serie austritt. Die festgelegten Spiele am 22. Oktober und 5. November d. J. finden daher nicht statt, soweit dies Resteritz betrifft. Die Vereine sind daher immer an diesen Tagen spielfrei. Die Kreisleitung.

#### Ziehung der Klassenlotterie

1.000.000 Ks: 46.156.  
50.000 Ks: 13.315.  
30.000 Ks: 68.926.  
20.000 Ks: 6.997, 10.845.  
10.000 Ks: 42.751, 57.533, 61.514.  
5.000 Ks: 804, 2464, 3237, 21.852, 24.074, 24.406, 28.407, 29.948, 46.478, 47.938, 50.127, 54.161, 54.312, 65.280, 71.427, 78.418, 92.283, 93.833, 93.927, 101.158.  
2.000 Ks: 516, 1245, 1894, 1861, 4769, 5011, 6268, 7209, 7257, 7803, 8008, 9139, 9317, 10.111, 12.074, 13.083, 15.332, 15.439, 15.473, 16.785, 17.032, 19.680, 20.964, 23.905, 28.121, 29.045, 31.861, 36.451, 39.203, 43.863, 46.018, 46.787, 47.871, 48.094, 49.200, 49.495, 50.823, 54.360, 56.584, 59.578, 60.078, 61.833, 63.271, 65.493, 68.052, 68.643, 69.821, 70.276, 70.597, 70.708, 71.519, 72.468, 73.070, 73.497, 74.046, 74.509, 74.775, 75.454, 83.596, 84.040, 86.842, 89.100, 91.548, 91.672, 91.737, 92.260, 94.622, 96.087, 96.654, 98.518, 98.718, 98.725, 99.453, 100.769, 101.140, 102.261, 103.373, 103.932.  
1.200 Ks: 11.178, 14.838, 15.533, 18.611, 19.073, 21.081, 21.596, 24.088, 30.011, 31.216, 59.882, 64.009, 74.730, 78.634, 82.127, 85.430, 87.502, 89.470, 93.243, 96.972, 97.583, 103.260.

In den Millionen-Treffer teilen sich ein Arbeiter, eine Witwe, ein Beamter und zwei Prager Spieler.

Ein Masafar-Denkmal in Pödersam. Die tschechische Bezirkskulturanstalt in Pödersam wird am Staatsfeiertag (28. Oktober) ein Denkmal des Präsidenten der Republik T. G. Masafar, enthüllen. Das Denkmal steht im Parkteil vor dem Gebäude der staatlichen Masafar-Volksschulen in Pödersam. Die Büste des Präsidenten ist zwei Meter hoch und ein Werk des Meisters der Pödersamer Hartmut-Kaolinwerke, B. Kurf. Sie ist aus gebranntem Ton gefertigt. Die Grundpostamente sowie die drei Hauptunterlagen sind aus Kunststein. Die Feier der Enthüllung, die um 10 Uhr ihren Anfang nimmt und die sich an einen Umzug mit Musik anschließt, soll eine der größten Manifestationen der Pödersamer tschechischen und deutschen Einwohnererschaft für den Staatsgedanken seit dem Umsturz sein.

Die Preisrichter für den Staatspreis 1933-34. Der Minister für Schulwesen und Volkskultur hat folgende Mitglieder der Jurys für die Verleihung von Staatspreisen für den Zeitraum vom 1. August 1932 bis 31. Juli 1933 ernannt: a) Für den Staatspreis für Literatur: Jan Jelenšik, Emil V. Luláček, Miroslav Rutt, J. V. Sedláček, Karel Toman, Antonín Veselý und Václav Bodák. b) Für den Staatspreis für dramatische, Schauspielerei und Regisseurkunst: Jaroslav Hilbert, Jan Krejčí, A. M. Piška, Jan Sajic und Václav Bodák. c) Für den Staatspreis für Musik: V. V. Kim, Otokar Jeremiáš, Fric Kofenda, Václav Bomáča und Otokar Rih. d) Für den Staatspreis für Werke und Leistungen in deutscher Sprache: Friedrich Adler, Fidelio F. Finkle, Emil Franzel, Josef Mählberger, Walter Seidl und Erich Steinhard. Die Staatspreise werden ohne Anmeldung verliehen. Das Ergebnis wird am 28. Oktober 1933 öffentlich bekannt gegeben werden.

Selbstmord einer Teplitzer Offiziersfrau. Sonntag vormittags warf sich bei Berechovo die 25jährige Gattin des pensionierten Oberleutnants aus Teplitz-Schönau Berta Fritsch unter den Prager Schnellzug. Im letzten Augenblick vor Ankunft des Schnellzuges durchschmitt sie sich an beiden Händen die Schlagadern und warf sich dann vor der Zug, von dessen Rädern ihr der Kopf abgeschnitten und der Körper zermalmt wurde, so daß sie auf der Stelle tot war. Sie hinterließ einen Brief, worin sie die Ursache ihrer Verzweiflungsthat jedoch nicht bekannt gibt, er Sie weist in der Gemeinde Bary bei Berechovo bei ihren Eltern zu Besuch.

Der Dienst im Post- und Telegraphen- und Telefonverkehr wird Mittwoch, den 1. November 1933, wie an Feiertagen, versehen; die Post wird jedoch nur im Ortsbezirksbezirk zugestellt.

**Bankrott der gleichgeschalteten Büchergilde.**  
 Von einem Stuttgarter Verleger erfahren wir: Die ehemals sozialistische Büchergilde Gutenberg zählte in ihrer Blütezeit 85.000 Mitglieder. Infolge der Gleichschaltung verlor sie 65.000 Mitglieder!

**Nazi-Bandalen in Stubenbach.** Die „Zukunft“ schreibt: Am vergangenen Sonntag gab es im Gasthaus „Zum Auerhahn“ in Stubenbach eine Tanzunterhaltung, zu der ganz zufällig auch eine tschechische Gesellschaft aus Schüttenhofen kam, welche in einem abgeteilten Raum — im sogenannten Kasino — Platz nahm. Vor der Abfahrt nach Schüttenhofen äußerte diese Gesellschaft gegenüber den Musikanten — lauter Parteigenossen — den Wunsch, ein bestimmtes tschechisches Lied zu hören. Vereinstwillig begab sich die Kapelle in den Nebenraum und entsprach dem Wunsche der tschechischen Gesellschaft. Als sie jedoch wieder in den Hauptraum zurückkehrten, wurden sie von der Stiege des Saales aus mit den Rufen „Heil Hitler“ empfangen und sofort legte ein Vogel von Biergläsern gegen die Musikanten und andere unserer Genossen ein. Die Gläser wurden mit einer derartigen Wucht geschleudert, daß die Glasplitter in den Wänden und der Decke stecken blieben. Im ganzen wurden 26 Halblitergläser geschleudert. Besonders arg wurde der Genosse Viktor Jentsch verletzt, der am Kopfe und im Gesichte derart ernste Verletzungen davontrug, daß er nach Prag in eine Augenklinik gebracht werden mußte, weil ihm der Verlust des rechten Auges droht. Die faktenkreuzerischen Kaufbolde, Aschenbrenner aus Eisenstein und Karl Schmidl aus Stubenbach, wollten nach Bayern flüchten, wurden jedoch in ihrem Vorhaben von der Gendarmerie gehindert, welche sofort am Tatorte erschien und die beiden Nazistrolche verhaftete.

**Kapitän Mollison,** welcher Montag in Hamilton eintraf, erklärte, er habe die Absicht aufgegeben, aus Nordamerika zu einem Verfluche, den Langstrecken-Weltrekord zu überbieten, zu starten. Er fügte hinzu, daß er den Rekord auf derselben Strecke, jedoch in der entgegengesetzten Richtung, versuchen werde.

**Tod auf der Hochseilkreise.** Unweit von Grenoble stürzte ein Auto in eine Schlucht. Dabei wurden drei Personen getötet und drei schwer verletzt. Unter den Getöteten befindet sich ein neubermähltes Ehepaar.

**Katastrophe Gasexplosionen.** Im Pariser Viertel Gobelins erfolgten in der Montag-Nacht in einer Kellerwohnung vier Gasexplosionen. Zwei Geschäfte wurden zerstört. 24 Personen wurden verletzt, darunter ein kleines Mädchen tödlich. Einer Frau mußte im Krankenhaus ein Bein amputiert werden.

**Dreifache Hinrichtung in Magdeburg.** Samstag früh wurden in Magdeburg die drei Raubmörder Träger, Meißner und Bartels durch den Magdeburger Scharfrichter hingerichtet. Sie hatten am 8. November 1932 eine Greisin überfallen, getötet und beraubt.

**Die Alkoholverbote in den USA.** Da man in den Vereinigten Staaten mit der Aufhebung des Alkoholverbotes für Anfang Dezember rechnet, wurden die neuen Zollsätze für die eingeführten alkoholischen Getränke bereits festgelegt. Sie werden doppelt so hoch sein wie vor dem Weltkrieg, wozu noch hohe Bundessteuern und Abgaben der einzelnen Staaten kommen werden. Der Zoll auf Champagner wird 6 Dollar je Gallone (3,75 Liter) betragen, für Weinbrand, Schnäpse, Viskere 5 Dollar, für Wein 1,25 Dollar. Der Zoll auf Bier beträgt 1 Dollar per Gallone. Ein guter Tropfen wird also die Amerikaner recht teuer zu stehen kommen. — Der Staat Florida hat sich mit vier Stimmen gegen eine für die Aufhebung der Prohibition ausgesprochen. Es genügt nunmehr bloß ein diesbezüglicher Beschluß von drei Staaten, um die Prohibition aufzuheben.

# Ein REZEPT für schönen Teint

Berühmte Ärzte, maßgebend in ihrem Urteil, haben die neue Elida 7 Blumen-Seife geprüft und ihre besondere Eignung für empfindliche Haut festgestellt. Und es ist Tatsache: Ihr Teint wird klarer, zarter, schöner! (Urteilen Sie selbst.)



## ELIDA 7 BLUMEN SEIFE

DERMATOLOGISCH GEPRÜFT

### John Bull.

Kuifige Anekdoten aus England.

**Konferbanis**

Ein junger Deutscher, zur Ausbildung in London, findet in Mr. Underwood einen zuverlässigen Führer und klugen Berater. Einige Tage vor der berühmten Oxford-Cambridge-Regatta macht er seinem Schüligen überzeugend klar, daß unbedingt Cambridge gewinnen muß. Er kennt die Fähigkeit jedes einzelnen der Mannschaften, nennt deren Körpergewichte und beweist Cambridge's sicheren Sieg.

Der junge Ausländer sieht das ein: „Ich weiß beim Buchmacher nicht so recht Bescheid; wollen Sie daher bitte Ihre Wette auf Cambridge um zehn Schilling für mich erhöhen?“

Mr. Underwood lachelt etwas verlegen: „Sicherlich, Sir, will ich Ihre Wette besorgen. Aber ich — ich setze auf Oxford!“

„Aber, Mr. Underwood — Sie haben mir doch eben erklärt, ja bewiesen, daß nur Cambridge Sieger sein kann!“

„Wird es auch — gar nicht daran zu zweifeln. Aber Sie verstehen — mein ganzes Leben habe ich auf Oxford gesetzt, all my life. Und auch diesmal wette ich Oxford.“

Cambridge gewann.

**Der beste Ire**

Drei irische Farmer sind sehr stolz darauf, daß der sonst so hochmütige englische Landlord sie höflich begrüßt hat. Da sie sich nicht eingucken können, wem von den dreien der Gruß galt, tragen sie den Fall dem Stammesältesten vor. Der entscheidet: der Gruß hat dem gegolten, der der beste Ire ist, also den größten Starrsinn besitzt.

Der erste Ire rühmt sich: „Mit hundert Hammeln bin ich auf den Markt gezogen, und keinen weniger wollte ich verkaufen. Auf 80 wurde mir ein guter Preis geboten, aber ich schlug ihn aus. Später hätte ich sogar 90 loswerden können, aber ich lehnte ab und trieb meine hundert Hammel wieder in den Stall zurück.“

„Das ist allerdings Starrsinn!“, sagte der Richter.

Der Zweite erzählte: „Nachts um drei Uhr kam ich von unserm Cricket nach Hause. Da ich meinen Schlüssel vergessen hatte, klopfte ich,

bis meine Frau an die verschlossene Tür kam. Sie fragte: „Wer ist da?“

Ich antwortete: „Ich.“

Die Frau: „Wer ist Ich?“

Ich: „Ich.“

„Und so ging es, hin und her, vier Stunden lang, bis mein Junge heraus kam, um zu Schule zu gehen.“

„Das ist freilich noch größerer Starrsinn!“, meinte der Richter. „Und nun du, O'Hagan.“

„Ich hatte fürchterliche Zahnschmerzen und ging zum Zahnarzt. Der klopfte an den ersten Zahn: „Ist es dieser, der Ihnen weh tut?“ — „Das weiß ich nicht, aber Sie, der Arzt, müssen es wissen.“

Da zog er mir den Zahn aus. Dann klopfte er an den zweiten Zahn und fragte wieder. Aber ich gab dieselbe Antwort. Und so zog er mir alle 32 Zähne aus!“

Der Richter zögerte nicht: „Dich, O'Hagan, dich hat der Graf begrüßt!“

**Gefichtswinkel**

Sir John B., früher Sattlermeister, dann größter Lederfabrikant Londons, hatte die höchste Spröße bürgerlichen Vertrauens erklommen: die City hatte ihn zum Lord Mayor erwählt. — Während des üblichen großen Banketts in der Guildhall, an dem das ganze offizielle England teilnimmt, stand der neue Oberbürgermeister auf und begann seine Rede mit den Worten: „Dies ist der stolze Augenblick meines Lebens.“ — Darüber ging bei der Fagarte die Unterhaltung noch weiter. Jeder der großen Männer und Würdenträger mußte zu erzählen, wann und bei welcher Gelegenheit er den stolze Augenblick seines Lebens genossen habe. Nur der alte Devonshire, Säule des Empire, Herzog und Minister, Gewinner des Derby, hatte bisher noch geschwiegen. „Meine Herren“, sagte er dann, „ich habe viel, viel erlebt. Aber der stolze Augenblick meines Lebens war sicherlich der, in dem mein Zuchthofe den ersten Preis auf der landwirtschaftlichen Ausstellung bekam!“

**Der Schirmdieb**

Auf dem Anschlagbrett eines sehr vornehmen Londoner Klubs machte ein Mitglied bekannt:

## Begegnung

### Gerhart Hauptmann und der andere

Gerhart Hauptmann hat dieser Tage eine seltsame Begegnung erlebt. Er ging in den Dünen von Hiddensee spazieren und strebte träumerisch einer Bank zu, als ein Mensch, wie aus



dem fetschris treibenden Nebel gewachsen, vor ihm stand. Ein breiter Hut sah dem anderen tief im Gesicht, die beginnende Dämmerung hüllte ihn in Grau. So vagte er stumm und schlant aus den Dünen und versperrte den Weg. Wer sind Sie?

Was wollen Sie? fragte der greise Dichter verbübt.

Der andere (mit unheimlichem Lachen): Wer ich bin, müßtest Du eigentlich wissen. Ich bin derselbe wie früher. Du, zu welcher Mumie bist Du verrottet? Einst hast Du die „Weber“ gedichtet, hast den „Florian Geier“ geschrieben — jetzt huldigt Du Mussolini, schreibst Prologe für faschistische Feiern, verbrüderst Dich auf Hiddensee mit Hitlers braunen Sadisten, stimmt das?

Hauptmann (betroffen): Wie kommen Sie zu dieser Fragerei? Die Leute waren sehr nett zu mir — warum sollte ich ihnen feind sein? Der Dichter umfaßt alle mit der gleichen Liebe, ob sie rechts stehen oder links. Gottes Sonne scheint ja auch über Gerechte und Ungerechte...

Der andere: Du salbdestest wie ein Pfaffe, ich aber spreche von dem, was Du einst gelehrt. Die besten Deiner Werke „stehen links“. Die „Weber“ fordern Menschlichkeit und Freiheit, Dein „Florian Geier“ wirft der Despotie und Unterdrückung den Fackelhandschuh ins Gesicht und stirbt dafür. 1919 hast Du in Breslau eine Rede steigen lassen — für Republik und Demokratie, für die Errungenschaft des November. Hast Du das alles vergessen?

Hauptmann: Zwischen sind 13 Jahre vergangen. Ist's meine Schuld, wenn die Demokratie nicht hielt, was sie versprach? Auch das Fackelkreuz will die Welt erlösen — warten wir ab... Der Dichter steht über den Zinnen der Partei...

Der andere: Aber er steht nicht über den Zinnen der Menschlichkeit! Statt bist Du wie ein Kal, doch jetzt habe ich Dich und keine philosophische Dialektik rettet Dich. Du warst im Ausland, hast ausländische Zeitungen gelesen. Weißt Du nichts von den Konzentrationslagern, von den sinnlosen, jüdischen Demü-

tigungen jener, die einer friedlichen Gesinnung lebten, von erschlagenen Männern und Frauen, von den Mädchen, die einer jüdischen Freundschaft wegen durch deutsche Straßen Spießruten laufen mußten, von dem Greuelstump der Hilder-Göring?

Hauptmann (stammelnd): Unseliger Blutwahn gepeinigter, leidender Kreatur...

Der andere: Laß Deine abgedroschene Philosophie, alter Deuchler! Was tatest Du gegen den Blutwahn? Nichts! Hast Du nicht gelesen, wie hämisch die Nazipresse über Deinen Selbstmord berichtet? Schämst Du Dich nicht? Was tatest Du für Deine geächteten, geschundenen, verjagten Freunde?

Hauptmann: Meine Freunde?

Der andere: Ah, Du weißt plötzlich auch von ihnen nichts mehr. Demokraten, Sozialisten und Juden waren Deine Freunde. Ein Konrad Härisch hat Dir und Deinem Schaffen in Freundschaft ein Buch gewidmet. Alfred Kerr hat in guten und bösen Tagen Dein Werk gefördert und verteidigt. S. Fischer hat Dir den Weg bereitet. Arno Holz lehrte Dich einst literarisch laufen, schenkte Dir Geist von seinem Geiste! Er hungerte, Du aber wurdest reich und hattest nichts für ihn! Reichtum und Erfolg haben Deine Seele verdet. Du hieltst, Millionär geworden, auf einen hohen Tarif; jedes Lustreiten, jedes Wort liehest Du Dir buchstäblich mit Gold aufzuwiegen, auch von den Armen —

Hauptmann: Wer sind Sie, daß Sie so von meinem Leben sprechen dürfen?!

Der andere: Du konntest mich nur zu gut, alter Egoist und Geschäftsmacher. Du bist tot, ich aber werde ewig sein und ich hätte Dich erwürgen sollen, damals — vor dreißig Jahren! Aber, da wußte ich noch nicht, daß man Menschentide

„Der Ubelige, der meinen Regenschirm fortgenommen hat, soll ihn sofort zurückgeben.“

Wegen dieser eigenartigen und tränkenden Bemerkung wird er zur Rede gestellt.

„Sie sind im Irrtum.“ ist seine Antwort. „Sehen Sie sich doch die ganze Situation an; nur Ubelige und Gentlemen können bei uns Mitglied sein. Und Gentlemen stehlen keine Regenschirme.“

**Eine Inschrift**

(Schloß Mennington, Norfolk)  
 „Was ist schlimmer als eine Tigerin?“ — Ein Dämon.  
 „Was ist schlimmer als ein Dämon?“ — Ein Weib.  
 „Was ist schlimmer als ein Weib?“ — Nichts.

**Tutanlamons Fluch**

In London ist der 40jährige Edward Borrige von einem Auto überfahren worden und im Krankenhaus gestorben. Dieser an sich alltägliche Fall gewinnt dadurch an Bedeutung, daß Borrige ein Teilnehmer jener Expedition war, die Tutanlamons Grab freilegte. Von den Expeditionsteilnehmern ist schon eine ganze Reihe eines außergewöhnlichen oder unnatürlichen Todes gestorben und durch diesen neuen Todesfall erhält der unsinnige Aberglaube von dem Fluch des ägyptischen Königs wieder neue Nahrung.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Bessert sich die Handelsbilanz?

Mit verhältnismäßig erheblich gestiegenen Umsätzen hat sich die tschechoslowakische Handelsbilanz im September entschieden gebessert. Die Gesamtausfuhr steigerte sich vom Monat August zu September von 444 Mill. Ks auf 550 Mill. Ks. Die Fertigwaren ausfuhr hob sich von 311 auf 392 Mill. Ks. Die Handelsbilanz ist mit 59 Mill. Ks aktiv. Durch diesen verhältnismäßig günstigen Abschluß der Handelsbilanz ist sie für die ersten neun Monate dieses Jahres mit 12 Mill. Ks aktiv, während sie in der gleichen Zeit des Vorjahres mit 139 Millionen Ks passiv war. Es ist also heuer ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Dabei wollen wir aber erwähnen, daß hier saisonmäßige Einflüsse eine Rolle spielen. Wenn man die stärkeren Rohstoffzufuhren für ein günstiges Konjunkturbarometer ansehen will, so dürfte das Ergebnis im September hoffnungsvoll stimmen. Die Rohstoffausfuhr hob sich von 232 auf 276 Mill. Ks.

Die Spezialausfuhr näher betrachtend, stehen einzelne Posten gegenüber dem Vorjahr noch sehr im Rückstand. Die Ausfuhr von Baumwollwaren war heuer in den ersten neun Monaten gegenüber dem Vorjahr um 91 Millionen Ks geringer. Die Kohlenausfuhr weist ein Minus von 92 Mill. Ks auf, Maschinen und Apparate um 51 Mill. Ks, Eisen und Eisenwaren um 54 Mill. Ks usw. Die Textilindustrie und die Eisen-, Metall-, Maschinen- und elektrotechnische Industrie haben heuer noch eine große Einbuße zu verzeichnen.

Insgesamt betrachtet muß der Handelsverkehr noch gewaltig wachsen, um nur die Ergebnisse des Vorjahres zu erlangen. Im ersten Dreiwerteljahr 1932 betrug die Einfuhr im reinen Warenverkehr 5,5 Milliarden Ks und die Ausfuhr 5,3 Mill. Ks. Und heuer lauten die Ziffern 4,1 und 4,1 Mill. Ks. Daß die Handelsbilanz in diesem Jahre aktiv ist, ist auf die stärkere Droffselung der Einfuhr zurückzuführen. An Fertigwaren wurden heuer für rund 1 Milliarde weniger als im Vorjahr ausgeführt. Dies ist aber zum Teil auf weitere Preisrückgänge zurückzuführen. Immerhin ist der Außenhandel dieses Landes gegenüber früherer Jahre noch sehr klein.

in ein Duzend rührender Gestalten bannen und dann zum kleinsten Wichte werden kann! (Pakt ihn, schüttelt ihn.)

Hauptmann (schwend): Lassen Sie los! Ich bin der anerkannteste deutsche Dichter...

Der andere: Gewesen, mein Lieber, gewesen, und ich bin Dein Richter... Ihr habt Euch das bequeme Wort erfunden, der Künstler und sein Werk seien zweierlei. Aber uns, der Jugend, will es nicht in den Kopf, daß ein Werk groß und erhaben und sein Schöpfer klein und erbärmlich werden kann. Wir werden immer wieder richten, wenn der Künstler sein Schaffen verläßt. (Drückt ihn auf eine Bank, schiebt den Hut aus dem Gesicht.) Kennst Du mich jetzt? Wie konntest Du wagen, mich so zu schänden?

Hauptmann: Startt mit aufgerissenen Augen zu dem anderen, Augen, empor, sieht eine hohe Stirn, einer geraden, unerschütterlichen Blick und schlicht betroffen verwirrt, beschämt die Lider: keine Jugend steht drohend vor ihm...

Als der alte Dichter die Augen wieder aufschlägt, ist der andere verschwunden. Nur von weiter noch hört der Verlorne ein unheimliches Echo: „Du bist in Schande gestorben, ich aber werde weiter leben!“

### Der Meister singt.

Klinge, kleine goldne Leier,  
 In das Dunkel dieser Welt!  
 Alle Klagen werden freier,  
 Wo des „Führers“ Auto hält.

Einfmals schrien meine „Weber“  
 Auf in wildem Mitleidstuch.  
 Doch ich bin kein Meinungsstüber:  
 Gerne lob' ich den Pg.

